

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Forschungsstand und Perspektiven

Veranstalter: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Datum, Ort: 08.06.2018–09.06.2018, Berlin

Bericht von: Dennis Werberg, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr; Christin Sandow / Stefanie Steinbach, Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Der Workshop fand in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW) statt, die sich in ihrer Sonderausstellung „Für Freiheit und Republik!“ der Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zwischen den Jahren 1924 und 1933 widmete. Mit dem Workshop sollten erste Schritte unternommen werden, die umfangreichen und sehr unterschiedlichen Forschungslücken zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor und nach 1933 auszuloten. Außerdem sollten die zu diesem Thema Forschenden untereinander vernetzt und die Unterstützungsangebote der Gedenkstätte Deutscher Widerstand für deren künftige Arbeit vorgestellt werden.

In seiner Begrüßung wies JOHANNES TUCHEL (Berlin) auf die große Bedeutung der bislang in Forschung und Öffentlichkeit zu wenig beachteten Organisationen hin, die bereits vor 1933 in der Abwehr des Nationalsozialismus aktiv waren und von denen das Reichsbanner zweifellos die wichtigste gewesen sei. Obwohl es aus den letzten Jahren erste Regionalstudien über die Entwicklung des Reichsbanners zwischen 1924 und 1933 gebe, fehle ein historischer Gesamtüberblick, der über das Standardwerk aus dem Jahre 1966 hinausgeht. Die Beschäftigung mit dieser demokratischen Massenorganisation nach 1945 sei nicht zuletzt wegen ihrer Symbolsprache erschwert, die in Deutschland bis heute zwar mit freiheitlichen, aber auch nationalkonservativen Traditionselementen in Verbindung gebracht werde.

In ihren Beiträgen arbeiteten die TeilnehmerInnen der Tagung mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen und aus unterschiedlichen Perspektiven den aktuellen Forschungsstand zum Reichsbanner auf und skizzierten Ansätze für die zukünftige Forschung.

Die Schwerpunkte lagen hierbei auf den Ergebnissen lokal- und regionahistorischer Studien vor allem aus dem Norden und Westen Deutschlands, die im aktuellen Forschungsstand verortet und diskutiert wurden sowie auf der äußerst unterschiedlichen, in jedem Fall aber schwierigen Quellenlage. Zwei Beiträge erweiterten die Perspektive auf Republikschutz-Organisationen im Ausland.

Den Anfang machte ULRICH SCHRÖDER (Bremen), der seine Forschungsergebnisse zum Reichsbanner an den Beispielen von drei Kreis- und Gemeindestädten im Großraum Bremen zusammenfasste. Die für die Region zur Verfügung stehenden Quellen, insbesondere der Nachlass des ehemaligen Bremer Bürgermeisters und Reichsbannerfunktionärs Dehnekamp, böten dabei seltene Einblicke in die Tätigkeit und den Alltag mehrerer Ortsgruppen. Zusätzlich konnten Presseartikel und die Akten der Polizeidirektion Bremen einbezogen werden, die ausführlich über die politischen Organisationen der Region berichteten.

In einem weiteren Beitrag stellte JÜRGEN WEBER (Kiel) den aktuellen Wissensstand zum Reichsbanner in Kiel und im deutschen Grenzraum vor. Schwerpunkte der Forschung seien hierbei zunächst die Erarbeitung eines ereignisgeschichtlichen Überblicks, hierauf aufbauend aber auch die Bearbeitung von Spezialthemen wie die personellen Kontinuitäten vom Kieler Matrosenaufstand im November 1918 bis zum 1924 gegründeten Reichsbanner, das Selbstverständnis und die Sozialstruktur der Kieler Ortsgruppe. Weitere wichtige Themen stellten die Jugendorganisation sowie die Person Richard Hansens als einen der wichtigsten Reichsbanner- und SPD-Funktionäre in Kiel und seine politische Arbeit gegen die NS-Diktatur ab 1933 im dänischen Exil dar.

MARCEL BÖHLES (Weimar) wandte sich den Reichsbanner-Gauen Baden und Württemberg zu und gab einen Überblick über die disparate Quellenlage. Böhles ging erstens der Frage nach, ob das Reichsbanner als eine verpasste Chance für den Erhalt der Republik charakterisiert werden könne und zweitens, inwiefern sich im Hinblick auf die beiden untersuchten Regionen spezifische Chancen, aber auch Problemlagen nachweisen las-

sen. Zusammenfassend stellte er fest, dass das Reichsbanner in beiden Gauen seinen antirepublikanischen Gegnern im Kampf um die Deutungshoheit über den Ersten Weltkrieg und dessen Folgen unterlegen war. Hinzu sei eine verbreitete „Vereinsmeierei“ und mangelhafte Disziplin bei der Zahlung der Mitgliederbeiträge gekommen sowie ein konsequentes Festhalten am einmal eingeschlagenen Legalitätskurs. Im Hinblick auf die Verbindungen seien beide Gaue allerdings sehr unterschiedlich gewesen. Während in Baden die Zentrums- und die DDP bis hin zur Mitgliederbasis vertreten gewesen seien, spiegelte sich dies für Württemberg lediglich im Funktionärskörper wider.

Im Anschluss ging ANDREAS MARQUET (Bonn) auf die Biographie des sozialdemokratischen Politikers und Reichsbannerfunktionärs Friedrich Wilhelm Wagner (1894-1971) ein, der ab 1927 den Gau Pfalz führte und neben dem hauptamtlichen Gausekretär der aktivste Reichsbannermann in der Pfalz war. Er wies insbesondere auf die Bestände der Interalliierten Militärkontrollkommission im Archive National in Paris hin. In der bis zum 30. Juni 1930 durch Frankreich besetzten Pfalz sei das Reichsbanner durch die Alliierten zwar geduldet, jedoch genau beobachtet und deren Tätigkeit protokolliert worden. Zudem habe sich vor dem Hintergrund erheblicher Differenzen zwischen den beiden katholischen Parteien die seinerzeitige Zugehörigkeit der Pfalz zu Bayern massiv auf die Entwicklung des pfälzischen Reichsbanners ausgewirkt.

DAVID MINTERT (Düsseldorf) stellte die Ergebnisse seiner Lokalstudie zum Reichsbanner in Wuppertal vor. Er gab zunächst einen Überblick über die von ihm verwendeten Quellen, von denen der Zeitung „Freie Presse“ eine besondere Bedeutung zukomme, da deren gesamte Redaktion dem Reichsbanner angehörte. Darin finden sich ausführliche Berichte über die Aktivitäten der Ortsgruppe. Zudem wurden Ergebnisprotokolle von Vereinssitzungen und Inhalte von Reden gedruckt, die weit über die übliche redaktionelle Berichterstattung hinausgegangen seien. Als wesentliche Erkenntnisse hielt Mintert fest, dass das Reichsbanner in Wuppertal zunächst sein Selbstverständnis als überparteiliche Or-

ganisation regelrecht zelebriert habe, dieses aber durch die zunehmende Annäherung an die SPD aufgeweicht worden sei.

FINBARR MCLOUGHLIN (Wien) trug über die österreichische Partnerorganisation des Reichsbanners, den Republikanischen Schutzbund, vor. Dieser sei 1923 aus den älteren Betriebs- und Arbeiterwehren sowie aus Saalschutzeinheiten der sozialdemokratischen Partei hervorgegangen und sollte der Abwehr faschistischer Übergriffe, aber auch der Disziplinierung der Arbeiterschaft dienen. Anders als das Reichsbanner war der Schutzbund kein überparteilicher Verband und verfügte zudem über Waffen. Mit dem Aufstieg der österreichischen Heimwehren habe der Schutzbund eine starke Militarisierung erfahren und sei nach dem Aufstieg der NS-Bewegung ab 1932 in schwere bewaffnete Auseinandersetzungen mit dieser verwickelt worden. Zwei Jahre später sei der Schutzbund in den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen untergegangen. In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, dass die Stärke der Verbindungen des Reichsbanners zum Republikanischen Schutzbund noch intensiv untersucht werden müssen.

FRANKA BINDERNAGEL (São Paulo) ging auf die deutschsprachige Migrantengemeinde in Buenos Aires und die Rolle der republikfreundlichen Kräfte in dieser ein, die sich 1927 in einer eigenen Gruppe des Reichsbanners gesammelt hätten. Dessen Führung habe sich in erster Linie aus der Redaktion des „Argentinischen Tageblattes“ rekrutiert, das die Deutungshoheit über die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg nicht der mehrheitlich monarchistisch gesinnten deutschsprachigen Migrantengemeinde überlassen wollte. Ferner habe die Gruppe als wichtiges Kontakt- und Unterstützungsnetzwerk für prorepublikanische Migranten gedient. Nach dem Anwachsen der Gemeinde in der Zeit ab 1919 hätten sich die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik auch unter den Auslandsdeutschen in Buenos Aires widerspiegelt.

Weitere Beiträge des Workshops befassten sich mit übergeordneten Fragestellungen zum Reichsbanner sowie mit der Aufbereitung des aktuellen Forschungsstandes. So ging NADINE ROSSOL (Essex) auf dessen Rolle in

der Demokratiekultur der Weimarer Republik ein. Hierin hatte die Organisation deshalb so große Bedeutung, da sie maßgeblich dazu beitrug, die Ideen, Farben und Symbole der Republik in der Öffentlichkeit, vor allem auf lokaler Ebene, zu verbreiten, und diese so zu einem sichtbaren Bestandteil des Alltags in Stadt und Land zu machen. Dementsprechend hätten sie nicht nur bei republikanischen Feiertagen Verwendung gefunden. Als Beispiel nannte Rossol das Schmücken von Liegestühlen und Strandkörben an den Urlaubsorten der deutschen Nord- und Ostseeküsten. Demgegenüber sahen sich Mitglieder des Reichsbanners den Versuchen von Antirepublikanern ausgesetzt, diese Farben und Symbole aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, etwa indem Fahnen entwendet oder zerstört wurden. Aus diesem Grund riet etwa die Reichsbannerführung seinen Mitgliedern, immer zwei schwarz-rot-goldene Fahnen im Urlaub mitzuführen.

Einen ähnlichen Ansatz verfolgte CHRISTIAN SAEHRENDT (Thun), indem er nach den Unterschieden in der Kriegserinnerung zwischen Republikanern und rechten Antirepublikanern am Beispiel der zwischen 1918 und 1933 errichteten Kriegerdenkmäler fragte. In einem öffentlich ausgetragenen „Stellungskrieg der Denkmäler“ sei es um nicht weniger gegangen als um die Deutungshoheit über den verlorenen Krieg und seine Folgen, insbesondere aber über den Sinn des millionenfachen Sterbens. Durch Errichtung und Einweihung eines Denkmals sei eine bestimmte Deutung dieser Ereignisse im öffentlichen Raum eingeschrieben worden. Im Reichsbanner hätten dabei die Notwendigkeit einer Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern sowie der Erhalt der Republik als Verpflichtung den zwei Millionen deutschen Gefallenen gegenüber im Vordergrund gestanden. Angesichts der Forderungen durch politische Extremisten links wie rechts habe es hiermit jedoch kaum eigene Akzente setzen können.

Die Probleme bei der Untersuchung politischer Gewalt als auch die Frage, ob das Reichsbanner beim Versuch des Schutzes der Republik ein „Koloss auf tönernen Füßen“ gewesen sei, stellte SEBASTIAN ELSBACH (Jena) in den Mittelpunkt. Das Reichsbanner ha-

be einen sehr defensiven Charakter gehabt und sei als Akteur im öffentlichen Raum kontinuierlich in politische Gewalt verwickelt gewesen – obwohl zahlenmäßig der größte untersuchte Verband, ordnete es sich in Bezug auf politisch motivierte Gewalttaten im quantitativen Vergleich nur an dritter Stelle ein.

Zwei weitere Vorträge setzten sich mit den Presseorganen des Reichsbanners auseinander. SEBASTIAN GRÄB (Schwabach) stellte hierzu die Ergebnisse seiner linguistischen Analyse zur Mentalität und Denkweise der Wehrverbände in der Weimarer Republik allgemein vor. Hierfür habe er die Ausgaben der Verbandsblätter von Reichsbanner („Das Reichsbanner“), Roter Frontkämpferbund, Bayernwacht, SA und Stahlhelm zwischen Anfang September 1932 und Ende Januar 1933 digitalisiert und für eine Volltextsuche aufbereitet. Auf der Grundlage der so ermöglichten quantitativen Erhebung und anschließenden qualitativen Analyse stellte er fest, dass sich auch die gemäßigten Verbände sprachlich den politischen Extremen annäherten hätten. Durch diese Radikalisierung sei der politische Gegner zum Feind geworden, der nicht nur verunglimpft und pathologisiert, sondern schließlich auch vernichtet werden könnte. Dabei hätten alle Akteure auf den gleichen Begriffsvorrat aus dem militärischen Bereich wie ‚Kampf‘, ‚Angriff‘, ‚Front‘ und ‚Soldat‘ sowie zur Selbstbezeichnung ‚Kamerad‘ zurückgegriffen.

VALENTIN HEMBERGER (Stuttgart) stellte eine Quellenanalyse zur „Illustrierten Reichsbanner-Zeitung“ / „Illustrierten Republikanischen Zeitung (IRZ)“ vor. Eine solche sei unbedingt notwendig, da sich zwar viele HistorikerInnen dieses Zeitungsorgans als Zitatquelle bedienten, die Geschichte, Bedeutung und Inhalte der IRZ bis heute aber noch nicht aufgearbeitet seien. Als „Republikanische Bildmaschine“ wäre die IRZ die einzige illustrierte Zeitung mit republikanischer Tendenz gewesen, die eine hohe Kopplung an den Verband gehabt und als interne Plattform fungiert habe. Der textliche und visuelle ‚Kampf‘ für die Republik und der Versuch der Abwehr der Republikgegner habe immer wieder auch darin bestanden, subjektive Identifikationsmöglichkeiten etwa für ehemalige Frontsoldaten oder auch Frauen zu bieten.

Im letzten Beitrag betrachtete PETER STEINBACH (Berlin) den Republikanischen Richterbund und ging der übergeordneten Fragestellung nach den Gründen des Scheiterns der Weimarer Republik nach. Dieser Bund war eine Gegen gründung zum Deutschen Richterbund; seine Mitglieder hielten in der Weimarer Verfassung nicht nur den Grundrechte katalog für bedeutsam, sondern sahen im neu geschaffenen kollektiven Arbeitsrecht einen wesentlichen Baustein zur Demokratisierung der Gesellschaft. Die Voraussetzung für die juristische Durchsetzung dieser Errungenschaften sah der Bund in einer vorbehaltlos zur Verfassung stehenden Richterschaft und befasste sich in der Monatsschrift „Die Justiz“ eingehend mit entsprechenden Themen. In der 1968 erschienenen Publikation „Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik“ wurde diese Monatsschrift analysiert: Nachdem Ernst Fraenkel 1931 die Herausgeberschaft übernommen hatte, sei der Ton des Blattes immer entschiedener geworden. Aus den Beiträgen lasse sich die Furcht der Juristen vor einer Unterhöhlung des Rechtssprechungssystems durch die archaischen Vorstellungen eines „gesunden Volksempfindens“ ablesen, die von der immer stärker werdenden NS-Bewegung befördert und für ihre Zwecke instrumentalisiert worden seien. Die deutsche Gesellschaft, so die Verfasser, sei im Begriff gewesen, sich selbst aufzugeben. Die einzige Möglichkeit dem entgegenzuwirken habe der Richterbund in der Mobilisierung der Massen gesehen, weswegen dem Reichsbanner als größte demokratische Massenorganisation eine besondere Bedeutung zugekommen sei.

In der Abschlussdiskussion wurde auf den hohen Erkenntniswert der vielfältigen Perspektiven eingegangen, aus denen sich der Geschichte des Reichsbanners genähert werden kann. Bis auf wenige lokale Ausnahmen stelle das Fehlen zentraler Quellen in der organisationsgeschichtlichen Forschung eine große Herausforderung dar. Die zunehmende Digitalisierung eröffne allerdings einen leichteren Informationszugang auch auf historischen Quellen. Abschließend wies Johannes Tuchel darauf hin, dass in der Bundesrepublik mit den positiven Aspekten der eigenen Demokratiegeschichte bisher zu nachlässig um-

gegangen worden sei. Dieses Versäumnis sollte für die Forschung, insbesondere zur Weimarer Republik, ein Ansporn sein, nicht zuletzt weil positive Anknüpfungspunkte auch für die historisch-politische Bildungsarbeit äußerst wichtig seien.

Konferenzübersicht:

Johannes Tuchel (Berlin): Begrüßung und Vorstellung des Projektes „Demokratische Massenorganisationen in der Weimarer Republik“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Ulrich Schröder (Bremen): Das Reichsbanner im Großraum Bremen – drei Beiträge

Marcel Böhles (Weimar): Im Gleichschritt für die Republik. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Südwesten 1924 bis 1933

Andreas Marquet (Bonn): Friedrich Wilhelm Wagner (1894-1971). Eine politische Biografie

Sebastian Elsbach (Jena): Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikerschutz und das Problem der politischen Gewalt

Jürgen Weber (Kiel): Regionale Sonderwege? Spurensuche zu Selbstverständnis und Ausrichtung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Beispiel Kiel sowie des deutsch-dänischen Grenzraumes

Nadine Rossol (Essex): Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Teil einer republikanischen Demokratiekultur in der Weimarer Republik

Christian Saehrendt (Thun): Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegserinnerung als zentrales Politikfeld des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Valentin Hemberger (Stuttgart): Republikanische Bildmaschine. Die Illustrierte Reichsbanner-Zeitung/ Illustrierte Republikanische Zeitung (IRZ) zwischen illustriertem Verbandsorgan und bildmächtigem Gesellschaftsspiegel

David Mintert (Düsseldorf): „Sturmtrupp der Deutschen Republik“. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal 1924-1933

Sebastian Gräß (Schwabach): Der Sprachgebrauch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der Endphase der Weimarer Republik

Finbarr McLoughlin (Wien): Der Republikanische Schutzbund Österreichs 1923-1934

Franka Bindernagel (São Paulo): Politische Heimat – Politische Kämpfe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der deutschsprachigen Migrantengemeinde in Buenos Aires

Peter Steinbach (Berlin): Der Republikanische Richterbund und der Kampf gegen die Erosion von Verfassung und Rechtsstaat

Johannes Tuchel (Berlin): Resümee und Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Forschungsstand und Perspektiven*. 08.06.2018–09.06.2018, Berlin, in: H-Soz-Kult 23.08.2018.